

Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Er erscheint alle 14 Tage Sonnabends. — Preis vierteljährlich 50 Pfennige. — Anzeigen, die dreispaltige Pettzeile 20 Pfennige. Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfg. — Sämtliche Postanfragen nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Inhalt: Mitteilungen des Verbandsvorstandes. — „Elemente“. — Die Rechnungsberichte der deutschen Invalidenversicherung im Jahre 1906 (Schluß). — Der Tarifabschluß in München. — Kassel. — Korrespondenzen (Dresden, Nürnberg, Saalfeld). — Literatur. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Die Feinde der modernen Gewerkschaften. — Korrespondenzen (Wreslau, Kirchhain N.-L., Leipzig).

Mitteilungen des Verbandsvorstandes.

Barmen-Elberfeld. Vorsitzender ist: Aug. Neumann, Elberfeld, Schreinerstraße 22. — Kassierer ist: Willy Wittig, Elberfeld, Brunnenstraße 4. — Die Versammlungen finden jeden Dienstag im Monat im Restaurant Hülser, Elberfeld, Wilhelmstr. 5-7, statt.

Mannheim. Vorsitzender ist: P. Zöllner, U. 5, 4. — Kassierer ist: Hugo Sassen, U. 1, 3, 4. Std.

Die Adresse des Gauvorsitzenden vom Gau I (Bayern) Koll. Albert Schmid ist jetzt: München, Belgradstraße 17, I.

Der Verbandsvorstand.

„Elemente“.

II.

In unserem ersten Artikel haben wir die obige Bezeichnung, welche der Gesamtvorstand des Karlsruher Maschinenmeistervereins unserer dortigen Kollegenschaft öffentlich angebeißt ließ, ins rechte Licht gerückt, um zu beweisen wie ein Teil der Gehilfen über die Hilfsarbeiter und ihre gewerkschaftlichen Bestrebungen denkt und urteilt.

Der Umstand, daß eine derartige schimpfliche Äußerung nicht etwa von einer einzelnen Person ausging, sondern von der gesamten Leitung einer Organisation geübt wurde, bestätigt unsere Meinung, daß von einer gewissen Seite systematisch das geheißliche Zusammenarbeiten beider Berufsgruppen in gewerkschaftlicher Hinsicht untergraben wird. Die Differenzen, welche verschiedentlich auftauchten bevor unser Tarifabschluß zustande kam, hatten ihre Ursachen in den meisten Fällen in der Stellungnahme der Buchdruckerorganisation zu unseren Lohnkämpfen in den einzelnen Orten. Wir mußten häufig das traurige Schauspiel erleben, wie manche unserer Lohnbewegungen verloren ging, weil die Buchdrucker, gestützt auf ihre Tarifgemeinschaft, es ablehnten, selbst die begehrte Forderung unsererseits zu erfüllen, sich bei eventuellen Umständen des Hilfspersonals neutral zu verhalten. Durch Zusammenarbeiten mit Streikbrechern, Anlernen von ungeübtem Personal, ja selbst indem Hilfsarbeiterarbeiten von Gehilfen berichtet wurden, sind wir um unsere Erfolge gebracht worden. Und wenn wir dann in berechtigter Erbitterung Rechenschaft verlangten und forderten, daß Mittel und Wege geschaffen werden sollten, die eine Wiederholung solcher beschämenden Vorgänge unmöglich machen, dann wurden alle möglichen und unmöglichen Gründe konstruiert, um die ganze Schuld an dem Benehmen der Buchdrucker — den Hilfsarbeitern in die Schuhe zu schieben. Bald waren es Formfehler, die wir begangen haben sollen, oder es erschienen unsere Forderungen für die Begriffe der Buchdrucker zu hoch, die sie als weise Vormünder unserer Interessen

nicht unterstützen konnten; in den meisten Fällen aber mußte diese oder jene Äußerung der Hilfsarbeiter in irgend einer Sitzung oder in der Presse herhalten, die das unsolidarische Verhalten der Gehilfen hervorgerufen haben soll.

Wie wichtig alle diese Ausreden waren und wo die wahren Gründe für das Vorgehen gegen uns zu suchen sind, beweist uns der letzte dieser Fälle bei S. & B. in Berlin. Ohne daß das dort in den Ausstand getretene Hilfspersonal eine Mitwirkung der Gehilfen nachgesucht hätte, wurden diese sich ihrer Solidaritätspflichten bewußt und reichten in ihrer Gesamtheit die Kündigungen ein resp. räumten sofort ihre Plätze. Aber da kamen sie bei ihrer Organisationsleitung schon an! Zu Paaren wurden sie unter Androhung der härtesten tariflichen Strafe (Sperrung des Arbeitsnachweises auf die Dauer von 2 Jahren) in die Druckerei zurückgetrieben, um dort mit den vorhandenen Streikbrechern weiter arbeiten zu müssen! Solche Handlungen haben sich „Elemente“, wie wir es nach der Ansicht der Karlsruher „aufrichtigen Gewerkschaftler“ sind, noch nicht zugehören kommen lassen. Damals hätten wir Ursache gehabt, von einem Dank des Hauses Habsburg zu sprechen, weil gerade diese Druckerei vorher der Schauplatz von Kämpfen zwischen Buchdruckern und Prinzipal war, bei denen das organisierte Hilfspersonal durch energisches Eintreten die Entscheidung zugunsten der Gehilfen herbeiführte. Aber auch in diesem Falle, den wir als Illustration anführten, wurde wie immer, nicht das Verhalten des Buchdruckerverbandes beurteilt, sondern wir waren es wieder, die durch die öffentliche Besprechung jener traurigen Episode „provokierter“ und die „geheißliche Zusammenarbeit“ störten.

Dieses Verhältnis, das zu verschiedenen Vorkommnissen der angeführten Art Anlaß gab, erhielt sein eigenartiges Gepräge durch ein sehr wenig offenes Benehmen der leitenden Personen der Buchdruckerorganisation. Wie oft haben wir bei den verschiedensten Anlässen gefordert, man möge uns einfach offiziell erklären, daß wir nicht auf die Hilfe der Buchdrucker rechnen können, weil ihre Tarifgemeinschaft dies nicht gestattet, damit wir im gegebenen Moment unsere Taktik danach richten können. Aber dazu war man immer — sagen wir zu vorsichtig. Man drehte und wandt sich um den Kern der Sache, um uns im Dunkeln tappen zu lassen. Das war die Signatur aller bisherigen „Verständigungs“-Aktionen. Und seit der Einführung des neuen Buchdrucker tariffs hat sich die Situation noch um vieles verschärft.

Wir haben bereits in der „Solidarität“ auf jene tariflichen Bestimmungen hingewiesen, durch welche einem Teil der Hilfsarbeiter einfach das Recht abgesprochen wird, Arbeiten, die sie bis jetzt verrichteten, ohne dadurch die Gehilfen gefährdet zu haben, fernerhin zu verrichten. Wenn uns auch immer wieder versprochen wurde, mit möglichster Schonung und unter Vermeidung von Härten bei der Einführung des Tariffs vorzugehen, so hat uns die Praxis gezeigt, daß dies leeres Gerede war. Kamentlich in Berlin, dem Sitze der Zentralkommission der Maschinenmeister Deutschlands, häufen sich die Fälle rigorosesten Vorgehens gegen die ungelerneten Arbeiter. Auch die Bestimmungen für Stereotypen werden in einer Weise durchgeführt, die die Billigung gerecht denkender Menschen niemals finden kann.

Wenn wir uns bereits mit der unabänderlichen Tatsache abgefunden haben, daß gegen die Beschädigungen der gekennzeichneten Bestimmungen schwer anzukämpfen ist, so können wir aber niemals damit einverstanden sein, daß unsere Organisation vollkommen übergegangen wird, wenn man unsere Mitglieder von diesen oder jenen Posten zu verdrängen sucht. Wie oft ließe sich eine Verständigung herbeiführen, die beiden Seiten gerecht würde, wenn auch unsere Organisationsvorstände vorher in Kenntnis gesetzt würden. Jedoch dazu ist man im Gehilfenlager im Gefühl seiner Stärke eben zu stolz; und jeder diesbezügliche Wunsch unsererseits wird als Ueberhebung, ja sogar als Größenwahn hingestellt. Daß wir nun unter diesen Umständen keinerlei Grund haben, mit besonderer Feinfühligkeit an die Beurteilung und Besprechung des ganzen Mißverhältnisses unter den gelehrten und ungelerneten Arbeitern heranzutreten, wird allen denen klar sein, die die Welt nicht durch die Brille der Meisterherrlichkeit betrachten, wie sie jetzt in Buchdruckerkreisen gepflegt und propagiert wird.

Des öfteren haben wir darauf hingewiesen und wiederholen es an dieser Stelle, daß wir an manchen Orten der einsichtsvollen Förderung unserer Organisationsbestrebungen durch einzelne Gehilfen vieles zu danken haben. Aber selbst diese können ein Lied davon singen, wie sie in ihren Kollegenkreisen drangaliert werden — weil sie für die Hilfsarbeiterinteressen wirken. — Wir haben bereits erwähnt, daß meistens Berlin der Schauplatz von Vorgängen ist, denen man ohne Uebertreibung die Bezeichnung „Hilfsarbeiterbege“ geben kann. Daß der Hört derselben in den Versammlungen des Berliner Maschinenmeistervereins und dessen jüngstem Sprossen dem Rotationsmaschinenmeisterklub zu finden ist, bedarf keiner besonderen Erwähnung, wenn man bedenkt, daß selten eine Tagesordnung ohne den Punkt „Hilfsarbeiterfrage“ ihre Erlebigung findet. Ein Bericht über eine derartige Versammlung in Nr. 65 des „Correspondent“ gibt ein Referat Mantauffels, des Nachfolgers Krätze's, wieder, in dem derselbe sich mit der „Solidarität“ und dem „Mittelungsblatt“ der Zahlstelle II, Berlin, beschäftigt. Kein Wort über die Ursachen unserer „Angriffe“ bloß deren Verurteilung und die bewegliche Klage darüber, daß der Zentralvorstand und der „Correspondent“ dieselben nicht zurückweist. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heutige Versammlung des Vereins Berliner Buchdruckmaschinenmeister erklärt sich sowohl mit der auf Angriffe der Hilfsarbeiter erfolgten Entgegnung des Karlsruher Maschinenmeistervereins im „Correspondent“ als auch mit dem Referat des Kollegen Engel voll und ganz einverstanden und billigt die darin vertretenen Anschauungen in jeder Beziehung. Des ferneren erwartet sie von der „Correspondent“-Redaktion, daß sie gegen die von den Hilfsarbeitern in offizieller Form erfolgten Provokationen und systematischen Heereien gegen die Buchdrucker im Interesse und der Würde (!?) unseres Verbandes in entschiedener Weise Stellung nimmt.“

Ohne die „Würde“ des Buchdruckerverbandes im geringsten zu bezweifeln, befürchten wir, daß durch solche Resolutionen dieselbe zur Lächerlichkeit wird. Wirkt es schon komisch, wenn man sich mit einem Referat, von dem man nur 8 Sätze kennt, sein volles

Einverständnis erklärt, so grenzt es geradezu an groteske, daß derselbe „Correspondent“, der unter den Berliner Buchdruckern am wenigsten gelesen wird, und über den vielleicht gerade deswegen so viel von diesen geschimpft wird, jetzt zum Retter in der Not anrufen wird. Wir wissen noch nicht, ob und wie der „Correspondent“ sich vor die Front stellen wird, um zu Tatsachen, über die wir ein Recht zu schreiben haben, „Stellung“ zu nehmen. Sedenfalls sehen wir auch dem mit Ruhe entgegen.

Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß die Berliner Hebe auch anderwärts nicht ohne Einfluß bleibt. Selbst dort, wo bis jetzt noch keine Hilfsarbeiterorganisation bestand, wird die leidige Hilfsarbeiterfrage zum Gegenstand buchdruckerlicher Betrachtungen. So heißt es in einem Situationsbericht aus Danzig:

„Auch hier am Orte macht sich eine Bewegung zwecks Organisation der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen bemerkbar. Unser Verein stand der ganzen Sache skeptisch gegenüber, umso mehr, als hier ein empfindlicher Mangel an tüchtigen Hilfskräften besteht. Es soll damit nicht gesagt werden, daß wir etwas gegen eine Organisation der Hilfsarbeiter hätten, daß aber nach den bisherigen schlimmen Erfahrungen, die andere Städte gemacht und die auch bei uns unausbleibliche wären, die Maschinenmeister wenig Ursache hätten, sich der Sache mit großem Eifer zu widmen. Es finden sich jedoch immer wieder Kollegen, denen, wenn sie sich etwas intensiver mit der Materie befassen und die fortgesetzten Beschimpfungen auf die Buchdrucker in der „Solidarität“ lesen würden, bald die Lust vergehen wird, dieser Angelegenheit ihre Kräfte zu leihen. Mögen die Hilfsarbeiter sich organisieren, die Buchdrucker aber sollen in erster Linie ihre eigenen Interessen wahrnehmen.“

Die Logik, die darin steckt, daß der Danziger Maschinenmeisterverein einer Organisation unserer Kollegen und Kolleginnen „skeptisch“ gegenübersteht, weil ein empfindlicher Mangel an tüchtigen Hilfskräften existiert, ist einfach überwältigend. Daß ohne Organisation die Löhne natürlich die erbärmlichsten sind und dementsprechend eine große Fluktuation herrschen muß, begreift wohl in Danziger Maschinenmeisterkreisen niemand. Aber jedenfalls scheint man dort lieber mit unorganisierten und wenig tüchtigen Kräften vorlieb zu nehmen, als wie mit aufgeklärten und tüchtigen Arbeitern zusammen zu wirken. Der Hinweis auf die „Beschimpfungen“ der Buchdrucker durch die „Solidarität“ ist eine Ausrede, um die Stellung, die sie der Hilfsarbeiterorganisation gegenüber prinzipiell einnehmen, zu verdecken. Die Danziger Kollegen und Kolleginnen, die bis jetzt dem Verbands beigetreten sind, werden den Beweis zu erbringen haben, daß sie ebenso wie an anderen Orten auch ohne die Hilfe derer, die unserer Organisation „skeptisch“ gegenüberstehen, sich zu einem kräftigen Glied des Verbandes entwickeln können.

Die Allgemeinheit der deutschen Hilfsarbeiterschaft aber wird mit uns, nach wie vor über ihre Interessen wachen und sie verteidigen, sowohl gegenüber dem Unternehmertum als gegen jene Kreise und Personen, denen unsere Fortschritte ständig ein Dorn im Auge sind. Wir „Elemente“ werden beweisen, ohne die „Würde“ bei jeder Gelegenheit im Munde zu führen, daß wir uns bei den Gegnern unserer Organisationsbestrebungen — mögen sie heißen wie sie wollen — Achtung zu verschaffen wissen.

Die Rechnungsergebnisse der deutschen Invalidenversicherung im Jahre 1905.

(Schluß.)

Wie erfolgreich eine systematischere Verwaltung auf dem Gebiete der Beitragseinzahlung wirkt, das erhellt das Steigen der Durchschnittshöhe der Wochenbeiträge aller fünf Lohnklassen. Im Jahre 1891 betrug der Durchschnittsbeitrag 20,81 Pf., im Jahre 1900 22,55 Pf. und 1905 24,06 Pf. In dieser Steigerung äußert sich der wachsende Einfluß der höheren Lohnklassen. Aber noch immer steht der Durchschnittsbeitrag der Versicherungsanstalten bedeutend hinter dem der neun zugelassenen Klassenrichtungen zurück, der die Höhe von 30,52 Pf. auf-

weist. Ein besseres Verwaltungssystem könnte den Versicherungsanstalten Millionen an Mehreinnahmen zuführen; das selbe müßte aber in erster Linie darauf achten, daß die Arbeitgeber sich nicht ihrer Zahlungspflicht entziehen. Anstatt in jedem Rentenanspruchsteller einen Simulanten, Betrüger und Spitzbuben zu wittern, der sich in den Genuß einer ihm nicht zustehenden Rente setzen möchte, wäre es weit mehr angebracht, den wirklichen Betrüger und Spitzbuben, die die Anstalten um die Beiträge pressen, sei es durch Nichtanmeldung, durch zu niedrige Einschätzung oder durch Unterschlagung, etwas schärfer auf die Finger zu sehen. Im übrigen erscheint uns der ängstliche und engherzige Rechnungsstandpunkt am allerwenigsten angebracht bei einer Versicherung, die der Unterstützung notorisch Arbeitsunfähiger gewidmet ist und die kaum über den Betrag einer Armenunterstützung hinausreicht. Hier helfend eingzugreifen und die nötigen Mittel zu beschaffen, wäre allein schon Aufgabe des Reiches, ohne daß es dazu einer Beitragsleistung der Arbeiter bedürfen sollte. Wenn schon aber die Arbeiter Beiträge leisten, so erscheint es umso unbegreiflicher, daß die Regierungsvertreter jauchend und zeternd die Hände über dem Kopf zusammen schlagen, weil in 20 bis 30 Jahren einmal die Rechnung nicht mehr ganz genau stimmen könnte. Der zehnte Teil von der peinlichen Pfennigsucherei, die hier der Arbeiterfürsorge nachschmet, auf die Militär- und Marineausgaben verbannt, hätte dem deutschen Volke Milliardenausgaben ersparen können. Aber da rechnet die Regierung nicht, sondern wirft mit vollen Händen hinaus, ihr Sparsystem beginnt erst gegenüber der Arbeiterklasse und auch da nicht etwa auf dem Gebiete des Nehmens, sondern auf dem des Gebens.

Aus den sonstigen Rechnungsergebnissen der Invalidenversicherung für 1905 sind noch folgende Angaben von Belang.

	Berfich.-Anstalten		insgesamt
	andere	Rassen	
Invaliden . . .	115 286	7 582	122 868
Kranken . . .	11 146	725	11 871
Alter . . .	10 156	536	10 692
Zuf.	136 588	8 843	145 431

	Berfich.-Anstalten		insgesamt
	andere	Rassen	
Heirat . . .	151 772	82	151 854
Unfall . . .	584	183	767
Todesfall . . .	31 150	2 801	33 951
Zuf.	183 506	3 066	186 572

	Berfich.-Anstalten		insgesamt
	andere	Rassen	
Invaliden . . .	18 299 410	1 490 238	19 789 649
Kranken . . .	1 775 035	126 869	1 901 905
Alter . . .	1 609 761	95 111	1 704 872
Zuf.	21 684 207	1 712 219	23 396 427

	Berfich.-Anstalten		insgesamt
	andere	Rassen	
Heirat . . .	5 628 088	2 909	5 630 997
Unfall . . .	42 257	15 228	57 685
Todesfall . . .	2 298 727	249 304	2 548 031
Zuf.	7 969 072	267 641	8 236 713

Der Durchschnittswert einer Invalidenrente betrug bei den Versicherungsanstalten 157,05 Mk., der einer Krankenrente 158,94 Mk., der einer Altersrente 158,01 Mk. Die Durchschnittsrenten der neun zugelassenen Rassen schwanken zwischen 180,14 Mk. (Alter-) und 196,37 Mk. (Invalidenrente). Der Durchschnittsbetrag der Beitragserstattungen betrug bei Heiratsfällen 37,08 Mk., Anfällen 72,36 Mk. und bei Todesfällen 73,81 Mk.

Die Gesamteinnahmen der Versicherungsanstalten und Pensionskassen setzen sich zusammen aus	
Beiträgen	161 291 840,00 Mk.
Zinsen	39 879 985,05 „
Sonstige Einnahmen	2 289 895,40 „
Einnahmen insgesamt	202 961 060,49 Mk.

Demgegenüber stellen sich die Gesamtausgaben für

Renten	89 553 429,19 Mk.
Beitragsrückstellungen	8 171 312,63 „
Heilversahren	12 158 776,47 „
Invalidenhauspflege	349 709,21 „
Außerordentliche Leistungen	635 948,29 „

Gentschädigungen zusammen 110 869 174,79 Mk.

Dazu für	
Allgemeine Verwaltung	8 629 832,48 Mk.
Erheb. bei Rentengewährung	1 539 625 88 „
Schiedsgerichte, Beschwerde-, Beruf.- u. Revisionsverfahren	620 897,31 „
Rentenstellen	52 417,62 „
Beitragsrhebung u. Kontrolle	3 856 374,21 „
Rechtshilfe	1 242,62 „
Kursverluste, Abschreibungen und sonstige Ausgaben	256 763,61 „

Ausgaben zusammen 126 826 328,52 Mk.

Gegenüber den Gesamteinnahmen ergibt sich daraus ein Vermögenszuwachs von 77 134 781,94 Mark (im Jahre vorher betrug derselbe nur 76 124 463,58 Mk.). Das Gesamtvermögen aller Versicherungsanstalten und zugelassenen Rassen beläuft sich auf 1 242 323 338,56 Mk. oder nahezu 1/4 Milliarde.

So werden Milliardensummen für eine ferne Zukunft aufgespeichert, indes arme Arbeiter, bei denen es streitig erscheint, ob sie nicht vielleicht doch noch mehr als ein Drittel ihrer früheren Erwerbssfähigkeit behalten haben, mit ihren berechtigten Rentenansprüchen abgewiesen werden. Etwas widersinniger als dieses System unserer Staatsbureaucratie ist kaum denkbar. („Corr.-Bl.“)

Der Tarifabschluss in München.

Wenn nun bereits fünf Monate ins Land gegangen sind, bis auch wir endlich so weit kamen, unsere Tarifangelegenheit ins Reine zu bringen, ja war daran nicht etwa schuld, daß uns besondere Schwierigkeiten im Wege standen, sondern das Bestreben der hiesigen Buchdruckerbesitzer, analog des Leipziger Tarifes, auch gleich das Steinbrucker-Hilfspersonal mit zu tarifieren. Wir hatten umso weniger Ursache, diesem Vorhaben entgegen zu treten, da ja sämtliche Buchdruckprinzipale die Allgemeinen Bestimmungen des am 16. Dezember in Leipzig abgeschlossenen Tarifes ohne weiteres anerkannten und am 1. Januar eine durchgehende 10-prozentige Lohnaufbesserung für sämtliches Hilfspersonal eintreten ließen. Die Bemühungen der Buchdruckerbesitzer, die Inhaber von Lithographischen Anstalten ebenfalls zur Annahme eines gemeinsamen Tarifes zu bewegen, scheiterten jedoch; aus welchen Gründen ist uns unbekannt, und so mußten wir wohl oder übel, eben für das Hilfspersonal für Buchdruckereien allein den Tarif zum Abschluß bringen. Selbstverständlich wäre es auch uns lieber gewesen, wenn die Sache in einem Aufwaschen zu machen gewesen wäre, jedoch fehlte uns jede Handhabe, um einen diesbezüglichen Druck auf die Steinbruckerbesitzer auszuüben, da der Tarif für die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen in Steinbruckerereien erst am 1. Januar 1908 abläuft. Das wird auch der Beweggrund der Unternehmer dieses Personals gewesen sein, daß sie nicht schon ein halbes Jahr, bevor sie eigentlich müssen, die durch einen neuen Tarif bedingten erhöhten Löhne bezahlen wollten. Sei dem nun wie es will, wir werden auch bei den erst später stattfindenden Tarifverhandlungen für das Steinbruckerpersonal unseren Mann stellen.

Am Donnerstag, den 23. Mai, fand sich nun eine aus Kollegen Albert Schmidt, Neumeier, Floiber und Kollegin Betty Hermann bestehende Kommission unseres Verbandes im Bureau der Münchener Buchdruckerbesitzer ein, um mit den Vertretern der hiesigen Prinzipale, Herrn Kommerzienrat L. Wolf, Herrn Wahl, Herrn Direktor Milke in Firma „Münchener Tageblatt“, Herrn Helfrich in Firma Egger & Co. den Tarif für das Buchdrucker-Hilfspersonal für die Dauer des deutschen Buchdruckerarifes festzusetzen. Trozdem eine Beratung der Allgemeinen Bestimmungen, weil als selbstverständlich anerkannt, ausgelassen war, dauerten die Verhandlungen doch von abends 8 Uhr bis morgens 1/2 Uhr. In der der Sitzung vorangegangenen Prinzipalsversammlung wurden eben die von

aus aufgestellten Lohnnormen als für zu hoch erachtet und es kostete alle Mühe, die Herren von der Berechtigung der in den Tarif einzuführenden Lohnsätze zu überzeugen. Wie überall, mußten auch hier wieder die ideal aufgestellten Lohnsätze des Leipziger Tarifes mit seiner direkt gegen den § 9 der Allgemeinen Bestimmungen verstoßenden zweijährigen Lehrzeit herhalten. Wenn wir ehrlich sein wollen, müssen auch wir zugeben, daß Leipzig immerhin als Druck- und Konfurrenzstadt in Betracht kommt und daß es sehr bedauerlich ist, daß eine Zahlstelle von über 2000 Mitgliedern auf 5 Jahre Löhne festsetzt, die in kleineren Druckstädten schon vor zwei und mehr Jahren gezahlt wurden, und dadurch die Tarifverhandlungen in anderen Orten ganz gewaltig erschwert werden. Die Kollegen unseres Verbandes, welche bereits Tarifverhandlungen gepflogen haben, werden mir recht geben, wenn ich sage, daß bei dem Tarifmaterial der Unternehmer immer der Leipziger Tarif obenauf liegt und daß einen schon eine Gänsehaut überläuft, wenn man bei Betreten eines Verhandlungslokales das ominöse grüne Heftchen in den Händen der Prinzipale sieht. Doch das nur nebenbei; für uns war die Hauptsache, daß unsere Münchener Prinzipale sich der besseren Einsicht nicht verschlossen, zumal wir durch eine von Kollegen Neumeier gut ausgearbeitete Statistik, die wir zur Hand hatten, sofort den Prinzipalsvertretern den Nachweis erbrinnen konnten, daß die ihrerseits vorgeschlagenen Minimal-löhne weit unter den bis jetzt schon gezahlten stehen. Es wurden dann auch die von uns vorgeschlagenen Sätze, die unseren Verhältnissen angepaßt sind, mit einer unwesentlichen Veränderung angenommen. Die Mindestwöchenslöhne sind folgende:

A. Für männliches Hilfspersonal.
 Arbeiter (auch Packer, Ausgeber und Laufburschen):
 Im Alter von 16 Jahren: Tagbetrieb 14 Mk.,
 Nachtbetrieb 17 Mk., von 17 Jahren Tagbetrieb
 16,50 Mk., Nachtbetrieb 19,50 Mk., von 18 Jahren
 Tagbetrieb 17,50 Mk., Nachtbetrieb 20,50 Mk., von
 19 Jahren Tagbetrieb 18,50 Mk., Nachtbetrieb
 21,50 Mk., von 20 Jahren Tagbetrieb 19,50 Mk.,
 Nachtbetrieb 22,50 Mk., über 20 Jahren Tagbetrie-
 eb 21 Mk., Nachtbetrieb 24 Mk.
 Abgießer: Tagbetrieb 21 Mk., Nachtbetrieb
 24 Mk.

Gießer für Rundstereotypie: Tagbetrieb 22
 Mark, Nachtbetrieb 25 Mk.

Arbeiter an der Notationsmaschine (nachdem
 sie ein Jahr an derselben beschäftigt sind): Tagbetrie-
 eb 22 Mk., Nachtbetrieb 25 Mk.

Buchbinder (soweit solche nicht in einer eigenen
 Buchbinderei-Abteilung einem Faktor oder Vorar-
 beiter unterstellt sind): Für Ausgelernte bis läng-
 stens nach Ablauf des 5. Jahres nach Beginn der
 Lehrzeit 20 Mk.; bis längstens nach Ablauf des
 6. Jahres 21 Mk.; dann tritt der Mindestlohn von
 24 Mk. in Kraft.

B. Für weibliches Hilfspersonal.
 Geübte Einlegerinnen: a) an Handdruckpressen
 11 Mk., b) an Tiegel- und einfachen Schnell-
 pressen 13,50 Mk., c) an Spezialmaschinen (Schwin-
 gern, Windsbraut und Zweitourmaschinen) 14,50
 Mark.

Sinksanlegerinnen und Punktiererrinnen erhal-
 ten 1 Mk. mehr.

Lernende Einlegerinnen (nach Ablauf einer
 vierwöchentlichen Probezeit) im ersten Vierteljahr
 8,50 Mk.; jedes Vierteljahr 1,50 Mk. mehr bis zum
 Mindestlohn für geübte Einlegerinnen.

Sonstige Hilfsarbeiterinnen: a) unter 16 Jah-
 ren 7 Mk., b) Lernende und ungeübte Arbeiterinnen
 über 16 Jahre 8,50 Mk., c) geübte Arbeiterinnen,
 d. h. solche Mädchen und Frauen, die nachweisbar
 mindestens 1 Jahr in Buchdruckereien oder Buch-
 bindereien gearbeitet haben, 11 Mk.

Geübte Falzerinnen und Hefterinnen 14 Mk.

Wir bemerken noch, daß der Mindestlohn der
 Buchbinder, soweit sie vereinzelt in den Buchdrucke-
 reien stehen, ohne Vererbung aus dem hiesigen
 Tarif der Buchbinder angenommen wurde, ebenso
 der Rastus für Falzerinnen und Hefterinnen.

Für unsere Zahlstelle von großem Vorteil ist
 eine neue Bestimmung in der Geschäftsordnung für
 den Arbeitsnachweis im § 5, wonach das persönliche
 Umfragen nach Arbeitsgelegenheit unter sagt ist.
 Alles was in den Buchdruckereien Münchens als
 Hilfspersonal Arbeit sucht, muß den Arbeitsnach-
 weis passieren und ist somit unserer Kontrolle unter-

stellt. Der in der Verhandlung seitens der Prinzi-
 pale gemachte Vorschlag, daß reformmandierte Arbei-
 ter den Arbeitsnachweis nicht zu benutzen brauchen,
 wurde nach scharfem Protest unsererseits zurückge-
 zogen.

In einer am 25. Mai sehr gut besuchten Ver-
 sammlung gab Kollege Albert Schmid Bericht über
 den Tarifabschluß und wurde derselbe einstimmig
 gut geheißen, ebenso in der am 26. Mai stattge-
 fundenen Nacharbeiterversammlung ohne Einspruch
 angenommen. Beschlossen wurde in beiden Ver-
 sammlungen, daß die Einzelemplare nicht an die
 Vertrauensleute hinausgegeben werden zur wei-
 tereren Verteilung, sondern daß für alle Geschäfte
 Geschäftsversammlungen abgehalten werden, in
 denen die dort Anwesenden unter nochmaliger Er-
 läuterung über die Auslegung der einzelnen Para-
 graphen dann die Tarife ausgiebig erhalten.
 Nichterscheinende haben denselben vom Bureau ab-
 zuholen. Erfordert dieser Beschluß auch wieder
 eine große Arbeit der Verwaltung, so kommen wir
 demselben mit Freuden nach; ist uns dadurch doch
 Gelegenheit geboten, jeder einzelnen Kollegin und
 jedem einzelnen Kollegen vor Augen zu führen, daß
 unser Verband, wenn auch auf hartem und steinigem
 Boden, doch stetig vorwärts schreitet und niemals
 das sich gesteckte Ziel der Verbesserung der Lohn-
 und Arbeitsbedingungen aus dem Auge verliert.
 Wer sich von der Münchener Kollegenchaft die
 Mühe macht und Betrachtungen anstellt über die
 Lohn- und Arbeitsverhältnisse vor Bestehen der
 Zahlstelle und den Werdegang derselben verfolgt,
 der muß, wenn er ehrlich sein will, zugeben, daß,
 wenn die Verhältnisse auch heute noch nicht so lie-
 gen, wie wir es als Menschen verlangen können, es
 doch gegen früher wie Tag und Nacht ist. Freilich
 haben wir einen Teil von jungen Arbeitskräften,
 die noch nicht lange in unseren Beruf eingetreten
 sind, die das jetzt Bestehende als Selbstverständlich-
 keit hinnehmen, und diesen muß klargelegt werden,
 daß der jetzige Tarifabschluß nur eine Etappe in
 unserer Bewegung ist und daß der Kalteplatz, auf
 dem wir jetzt für 5 Jahre angekommen sind, nichts
 weiter ist, wie die Sammelstelle für neue und frische
 Kräfte zum Weitermarsch, zum erfolgreichen
 Kampf für die Bessergestaltung unserer Lebens-
 bedingungen. A l b. S c h m i d.

Kassel.

Hervorgerufen durch die enorme Verteuerung
 aller wichtigen Lebensmittel, welche eine schwere
 Schädigung unserer gesamten Arbeitskraft herbei-
 führte, waren wir Ende September 1906 gezwun-
 gen, an unsere Prinzipale heranzutreten und ihnen
 zu erklären, daß wir nicht imstande sind, den ab
 1. Februar 1906 giltigen Tarif ohne eine wesent-
 liche Verbesserung vom 1. Januar 1907 ab für die
 weitere Dauer des abgeschlossenen Buchdrucker-
 tarifes gelten zu lassen.

Die Antwort hierauf war eine ablehnende, da
 an eine Veränderung der abgeschlossenen Positionen
 bis 31. Dezember 1911 nicht zu denken sei; bestän-
 den wir jedoch darauf, so müßten die Prinzipale
 dies als Bruch des von uns unterzeichneten an-
 erkannten Vertrages auffassen. Eine nochmalige hierauf
 erfolgte Zusammenkunft beider Vorstände zeitigte
 ebenfalls kein Entgegenkommen, und so mußten
 wir wohl oder übel in den lauren Apfel beißen,
 nichts für unsere Mitglieder in den teuren Zeiten
 zu erreichen. Die Giltigkeit hierüber, genährt
 durch gewissenlose Elemente in unseren eigenen
 Reihen, war Ende Oktober eine derartig große,
 daß wir mit knapper Not an dem Zusammenbruch
 unserer Zahlstelle vorbeikamen. Jedoch siegte die
 bessere Einsicht derer, die allezeit in schweren Stür-
 men der Zahlstellenleitung zur Seite standen und
 man setzte wieder das alte Vertrauen in dieselbe.

Einen freundigen Widerhall fanden bei uns nun
 die am 16. Dezember 1906 in Leipzig zwischen dem
 Deutschen Buchdruckerverein und unserem Verban-
 de vereinbarten Abmachungen und wir setzten nun
 unsere ganzen Hoffnungen hierauf, da unsere Prinzi-
 pale nur hierdurch gezwungen werden konnten, als
 Mitglieder des Deutschen Buchdruckervereins, die
 zum großen Teil im Widerspruch mit unserem ört-
 lichen Tarife in Leipzig getroffenen Abmachungen
 anzuerkennen.

Mit frischem Mut gingen wir nun am 31. De-
 zember d. J. erneut zum Angriff über und teilten
 den Prinzipalen mit, daß wir nicht gewillt sind, in

Anbetracht der neuen Verhältnisse die weitere Ver-
 tragsfrist vom 1. Januar 1907 ab anzutreten, er-
 suchten sie, sich ebenfalls der Allgemeinheit in
 Deutschland anzuschließen und überreichten ihnen
 einen wesentlich verbesserten Lohnarif. Unsere Ge-
 such wurde jedoch auf eine harte Probe gestellt;
 denn erst am 10. Februar d. J. erhielten wir Nach-
 richt, daß die Prinzipale in ihrer Hauptversam-
 lung beschlossen hätten, daß die neuen Abmachungen
 vom 1. März d. J. ab für sich als bindend aner-
 kannt werden; wegen der Lohnfrage jedoch lehnten
 sie es ab, mit uns in Unterhandlungen zu treten
 und verlangten strenge Einhaltung des früher abge-
 schlossenen Vertrages.

Da dies jedoch auf Grund der neuen Verhält-
 nisse nicht möglich war, weil die allgemeinen Be-
 stimmungen in großem Widerspruch zu unserem
 jetzigen Tarife standen, so machten wir die Prinzi-
 pale hierauf aufmerksam und verlangten Anerken-
 nung der ganzen Positionen, inklusive Geschäfts-
 ordnungen für die Tarifschiedsgerichte und Arbeits-
 nachweise, sowie nach § 4 der neuen Bestimmungen
 Aufstellung von Minimallöhnen für alle Gruppen
 und vollständige Aufhebung unseres alten Tarifes.
 Falls die Prinzipale uns in dieser Hinsicht nicht
 entgegenkämen, würden wir auf jede weitere Ver-
 handlung verzichten und die Konsequenzen daraus
 ziehen. Die Antwort hierauf, welche erst am
 2. März einlief, lautete, daß die Vereinigung der
 Kasseler Buchdruckereibesitzer nur die unter I be-
 zeichneten Allgemeinen Bestimmungen anerkenne,
 alles übrige aber ablehnen müsse, auf Grund eines
 Abkommens mit der Kommission, welche am 16. De-
 zember in Leipzig die Allgemeinen Bestimmungen
 geschaffen hätten. Wir wandten uns nunmehr an
 Kollegin Thiede um Ausschluß, da dieselbe Mitglied
 der betreffenden Kommission gewesen ist und es
 ging uns von ihr die Nachricht zu, daß der Ver-
 treter der hiesigen Prinzipale, Herr Gottschalk, dort
 erklärte, daß die Kasseler Prinzipale den Tarif als
 bindend erachteten, den sie mit uns am 1. Februar
 1906 abgeschlossen haben, wogegen Kollegin Thiede
 protestierte. Im Zusammenhange nun mit anderen
 Ausführungen der Prinzipale, wonach denselben
 von der Kommission eine Sonderstellung der Kasse-
 ler Verhältnisse gestattet worden sei, ferner daß uns
 der Zentralvorstand ohne jede Aufklärung hierüber
 ließ, obgleich Kollegin Thiede tagelang sich in un-
 serer nächsten Nähe auf der Agitation befand, brach
 nun eine derartige Erregung in unseren Reihen
 aus, daß eine zu diesem Zweck einberufene Ver-
 sammlung scharfe Stellung nahm. Eine Resolution
 wurde angenommen, welche ausdrückte, die Zahl-
 stelle am 1. März anzulösen, die Verhältnisse, wozu
 der Zentralvorstand seine Zustimmung versagte,
 selbständig zu regeln, damit wir den alten Ballast
 los wurden und am 1. April eine neue Zahlstelle zu
 gründen. Ebenso sprach die Versammlung in ent-
 schiedener Weise den Wunsch aus, Kollegin Thiede
 weiter hier in Kassel nicht mehr zu begrüßen. Die
 hierauf schriftlich vollzogene Auseinandersetzung
 nahm ebenfalls eine scharfe Wendung und führte
 fast zum vollständigen Bruch mit den leitenden Per-
 sönlichkeiten, weil diese den Schluß zogen, der Zen-
 tralvorstand wolle uns hier in Kassel nicht heraus-
 helfen, weil wir zwar noch jung, aber früher be-
 reits einen ähnlichen Vertrag mit unseren Prinzi-
 palen am 1. Februar 1906 abgeschlossen hatten, wir
 dagegen nicht einsehen konnten, daß wir darunter
 leiden sollten; denn sonst wäre Kassel hinter allen
 übrigen Städten nachgehinkt.

Mittlerweile hatte nun die bessere Einsicht und
 der Protest des Zentralvorstandes, daß er sich von
 keiner Zahlstelle das Recht nehmen lasse, mit deren
 Mitgliedern zusammenzukommen, plaggegriffen und
 so wurden wir anderen Sinnes. Kollegin Thiede
 kam nun am 28. März zu einer Vorbesprechung mit
 uns zusammen. Plagten auch die Meinungen auf-
 einander, so zeitigte doch die Aussprache, daß es gut
 war, daß dieselbe stattgefunden hatte und löste sich
 alles, wie das ja auch in einer Gewerkschaft sein
 muß, in Wohlgefallen wieder auf.

Die Verhinderung der Kollegin Thiede, uns in
 unseren eigenartigen Verhältnissen im Zentralvor-
 stande beizustehen, löste das alte Vertrauen wieder
 aus und wurden nun die Wege besprochen, wie wir
 den Prinzipalen beizukommen beabsichtigten. Nach
 langen harten Auseinandersetzungen mit diesen,
 welche sich bis zum 6. Juni hinzogen, kamen wir im
 Wesen der Kollegin Thiede, welche wir tele-

graphisch nach hier riefen, jedoch zu einem endgültigen Resultat und wurde nun folgendes beschlossen und festgelegt:

„Die Vereinigung Kasseler Buchdruckereibesitzer hat mit der Zahlstelle Kassel des Verbandes der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter vom heutigen Tage ab folgende Abmachungen getroffen:

An Stelle der seit 1. Februar 1906 gültigen Bestimmungen über Anstellung, Arbeitszeit und Entlohnung des Hilfspersonals in Buchdruckereien treten vom 1. Juni 1907 ab die am 16. Dezember 1906 in Leipzig zwischen dem Deutschen Buchdruckerverein und dem Verbands der Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen Deutschlands festgesetzten Allgemeinen Bestimmungen über Obliegenheiten, Arbeitszeit und Entlohnung des Hilfspersonals in Buchdruckereien.

Gruppeneinteilung des Hilfspersonals in Buchdruckereien.

Die in den Allgemeinen Bestimmungen festgelegte Gruppeneinteilung wird nach den örtlichen Verhältnissen folgendermaßen getroffen:

A. Männliches Personal.

Anleger an Liegeldruckpressen;
Saalarbeiter (unter die auch Ausgeber zu rechnen sind, die wenigstens zur Hälfte im technischen Betriebe beschäftigt werden);
Abzieher;
Stereotyparbeiten;

Rotationsarbeiter, die an der Maschine beschäftigt sind.

B. Weibliches Personal.

Anlegerinnen an Schnellpressen;
Anlegerinnen an Liegeldruckpressen;
Saalarbeiterinnen, d. h. Hilfsarbeiterinnen, die nicht einlegen;
Prägerinnen.

Löhne.

Auf Grund des § 4 des allgemeinen Vertrages sind die Minimallöhne wie folgt festgelegt:

A. Männliches Personal

(nach Beendigung der halbjährigen Lehrzeit.)

Im Alter von 16 Jahren 14 Mk., von 17 Jahren 15 Mk., von 18 Jahren 16 Mk., von 19 Jahren 17 Mk., von 20 Jahren 18 Mk., von 21 Jahren und darüber 19 Mk.

Arbeiter, welche gleichzeitig in der Stereotypie und an der Rotationsmaschine beschäftigt sind, erhalten auf obige Löhne einen Aufschlag von 1 Mk. pro Woche.

B. Weibliches Personal.

Anfängerinnen unter 16 Jahren erhalten: wöchentlich im 1. Vierteljahr 6 Mk., jedes weitere Vierteljahr 50 Pf. mehr;

für lernende Einlegerinnen von 16 Jahren und darüber beträgt der Anfangswochenlohn 8,50 Mk., der Wochenlohn im zweiten Vierteljahr 9,25 Mk., im dritten Vierteljahr 10 Mk., im letzten Vierteljahr 10,75 Mk.

Als Minimallohn erhalten:

Einlegerinnen an Schnellpressen, welche ein Jahr als solche tätig sind 11 Mk.,
Einlegerinnen an Liegeldruckpressen 10,50 Mk.,
Hilfsarbeiterinnen im Alter von mindestens 17 Jahren 9 Mk.

Für die Entlohnung der Prägerinnen sind besondere Vereinbarungen zu treffen.

Eine besondere Position, für Sinksanlegerinnen 1 Mk. pro Woche mehr, sowie allen zurzeit über dem Minimum entlohnten Arbeitskräften eine allgemeine Zulage nach der Grundlage der Berliner Abmachungen, wurde zwar in der Kommission angenommen, von den Prinzipalen in deren Hauptversammlung aber rundweg abgelehnt. Wir versuchten nun nochmals den Prinzipalen alles vorzustellen, was eine Erhöhung dieser Positionen rechtfertigte, aber alles umsonst.

Um nun nicht alles zu verlieren, stimmten wir schweren Herzens den Abmachungen zu, nachdem uns die Prinzipale erklärten, sie wären jederzeit bereit, ihren Hilfskräften Zulagen zu gewähren, nur wollten sie dabei keinen Zwang ausgeübt wissen; sie wüßten, daß die Verhältnisse enorm teuer geworden seien und würden es jedem Prinzipal überlassen, sich mit seinem Personal hierüber zu einigen.

Kollegen und Kolleginnen! Wie Ihr aus Vorstehendem ersieht, hat es sehr schwer gefallen, mit

unserem Unternehmertum fertig zu werden. Wenn wir auch nicht alles erreicht haben, was wir uns gerne wünschten, so können wir doch mit dem Erreichten vorläufig zufrieden sein; wir werden schon wissen, wann es Zeit ist, bessere Verhältnisse für unsere Mitglieder, welche jetzt über Minimum stehen, herbeizuführen. Hat doch bereits eine ganze Anzahl Prinzipale uns beim Fortbleiben zwecks Anerkennung unseres Tarifes das Versprechen gegeben, Zulagen zu gewähren.

Haltet darum fest zusammen und folgt nicht dem Beispiele einiger Feiglinge, welche uns bereits den Rücken gefehrt haben, weil für sie nichts abgefallen ist, die doch schon jahrelang eine bedeutend bessere Bezahlung erhielten, als Ihr alle noch unter erbärmlichen Löhnen zu seufzen hattet. Kollegen und Kolleginnen, seid frohen Mutes und legt Euer ganzes Vertrauen auf Eure Organisationsleitung, wir stehen Euch zur Seite und helfen Euch auch hierüber hinaus. Haltet Euch das Beispiel der Karlsruher und Leipziger Kollegenschaft vor Augen, bleibt der Organisation treu, helft die wenigen, die noch nicht zu uns gehören, zu gewinnen und Ihr sollt sehen, unsere Prinzipale müssen uns das baldigst geben, um das wir sie in der augenblicklich flauen Geschäftszeit vergebens gebeten haben.

Georg Sauer.

Korrespondenzen.

Dresden. Versammlung vom 28. Mai. Kollege Herrmann gibt in längerer Ausführungen bekannt, daß der Verbandsvorstand zu der Neuankündigung des Verwaltungsbeamten Stellung genommen hat und den Kollegen Krumpfert ersuchte, seine Kündigung zurückzuziehen, weil dieser die Dresdener Verhältnisse am besten kennt und sein Rücktritt für die Organisation von Schaden wäre. Neben einer Gehaltserhöhung hat der Verbandsvorstand ferner beschlossen, zur Unterstützung des Kolleg. Krumpfert die Kollegin E. Heidemann-Berlin anzustellen, welche hauptsächlich die fernere Agitation betreiben soll. Nach längerer Diskussion erklärte sich die Versammlung gegen 1 Stimme mit den Maßnahmen des Verbandsvorstandes einverstanden. Sodann hielt Herr Oberlehrer F. Krählin einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Warum muß das Volk in der Gesundheitslehre aufgeklärt werden und wodurch erlangt es körperliche und geistige Frische?“. Der Vorsitzende teilte sodann mit, daß die geplante Partie nach Hofstewitz wegen Sozialmangel nicht unternommen werden kann. In die Veranugungskommission werden die Kollegen Müller, Rudolph und die Kollegin Defant gewählt. Kollege Krumpfert gibt Kenntnis von dem unkollegialen Verhalten des Kollegen Wettengel I, welcher unter Umgehung des Arbeitsnachweises eine Anstaltsstelle bei der Arbeiterzeitung annahm, trotzdem er in Arbeit stand. Nachdem noch der Wunsch geäußert wurde, die im nächsten Monat stattfindenden Volkspoststellungen im Residenztheater recht rege zu besuchen (Eintrittskarten a 60 Pf. sind vom Gewerkschaftsartell und in unserem Bureau zu beziehen), wird die Versammlung geschlossen.

D. G.

Nürnberg. Am Montag, den 27. Mai, fand im Saale des Gasthauses zum „Blauen Pfau“ eine sehr gut besuchte Versammlung statt, in der der Vorsitzende der Lohnkommission, Kollege Redling, über den gegenwärtigen Stand und das letzte Antwortschreiben der Buchdruckereibesitzer Nürnbergs in bezug auf unseren eingereichten Tarif Bericht erstattete. Trotzdem in dem Antwortschreiben der Herren Prinzipale die Absicht kundgegeben ist, mit der Hilfsarbeiterschaft Nürnbergs keinen Tarif abzuschließen, versuchte Redling mit dem Gauleiter Albert Schmid aus München, doch nochmals den Vorsitzenden der Prinzipalsvereinigung zu veranlassen, mit einer Kommission zu verhandeln. Das Ergebnis der Aussprache war die Zustimmung zu oben angeführten Antrag. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung referierte der Gauleiter über die verschiedenen Tarifabschlüsse, wie sie in den letzten Monaten in den verschiedenen Druckstädten vorgezogen wurden. Nürnberg, eine doch sehr in Betracht kommende Druckstadt, habe sich aber immer noch nicht dazu aufschwingen können, den Beispielen der anderen Orte zu folgen, obwohl nirgends dringender als hier eine Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen notwendig wäre. Der Referent besprach noch das jetzt einzuschlagende taktische Verhalten in dem sich jedenfalls entspinneuden Kampfe und der reiche Beifall zeigte, daß die Versammlung sich mit den Ausführungen einverstanden erklärte. In der sich äußerst rege gestaltenden Diskussion wurde von allen Rednern dagegen protestiert, daß

man die Hilfsarbeiterschaft der Druckereien nicht als vollwertig oder reif für einen Tarifabschluß ansehe und sie gegenüber der übrigen Hilfsarbeiterschaft in Deutschland als zweite Klasse von Arbeitern behandle. Die Verschleppungstaktik der Unternehmer wurde ebenfalls einer eingehenden Würdigung unterzogen. Nachstehende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die heute im „Blauen Pfau“ stattgefundene gut besuchte Versammlung der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter und Arbeiterinnen nahm mit Bedauern von der indirekt ablehnenden Antwort der Herren Buchdruckereibesitzer Kenntnis. Die Anwesenden verpflichten sich, mit allen ihnen gesetzlich zu Gebote stehenden Mitteln darauf hinzuwirken, daß gleich den anderen Städten auch für Nürnberg ein Tarif abgeschlossen wird, der für eine längere Dauer die Lohn- und Arbeitsverhältnisse festlegt. Die Versammlung beauftragt weiter die Verwaltung unserer Zahlstelle, in der Tagespresse durch periodisch erscheinende Artikel die Lohnverhältnisse des Hilfspersonals in den einzelnen Buch- und Steindruckfirmen zu behandeln, um bis zu einem eventuell eintretenden Ernstkampf die Öffentlichkeit von der Berechtigung der Forderungen unseres Verbandes zu überzeugen.

Unter Verschiedenem machte der Vorsitzende noch auf die Landtagswahlen aufmerksam. Auch ersuchte er die Mitglieder, für regen Kartenabsatz zu unserem am 22. Juni im Saale des Bedengarten stattfindenden Sommernachtsball, Sorge tragen zu wollen.

R.

Saalfeld. Versammlung vom 15. Mai. Frau Paula Tiede referierte in klarer, sachlicher Weise über die Tarifbewegung. Nachdem Rednerin die Grundbedingungen sowie die Notwendigkeit des Tarifes für die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen erklärt und einen kurzen Ueberblick über den Tarif der Buchdruckereihilfsarbeiter gegeben hatte, kam sie auf die Zustände in den Steindruckereien zu sprechen und forderte die Kolleginnen auf, durch einmütiges geschlossenes Vorgehen auch hier die Vorbedingungen für eine erfolgreiche Bewegung zu schaffen. Da eine Diskussion nicht eintrat, wurde die ziemlich gut besuchte Versammlung um 11 Uhr geschlossen.

B. G.

Literatur.

Der Kampf der Arbeiter betitelt sich eine soeben im Verlage der Leipziger Buchdruckerei H. G. in Leipzig erschienene Broschüre, die Gen. Anton Pannekoek zum Verfasser hat. Genosse Pannekoek, Lehrer an der sozialdemokratischen Parteischule in Berlin, besitzt zweifellos das Talent eines ausgezeichneten Schriftstellers unserer Partei. Die allgemein verständlich geschriebene Broschüre empfehlen wir allen Lesern. Der Preis des Büchleins ist ein ungewöhnlich niedriger. Er beträgt 20 Pf., so daß allen Gelegenheiten geboten ist, die Anschaffung desselben zu ermöglichen.

Briefkasten.

M. Sch., München: Ja! — Bremen: Berichte zurückgestellt! Grund brieflich. — Jahr: Bericht in nächster Nummer. — Hamburg: Der Versammlungsbericht vom 23. 5., der nicht vom Vorsitzenden gegengezeichnet ist, läßt den Kassierer berichten, daß ein Defizit vorhanden wäre, weil die Einnahmen größer sind wie die Ausgaben. Wie ist das möglich?

Wegen Raummangel mußte der Bericht aus Heibelberg zurückgestellt werden.

Todesanzeige.

Am 3. Juni starb nach kurzem schweren Leiden unsere Kollegin

Minna Spangenberg

im Alter von 20 Jahren.

Wir werden der Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

Mitgliedschaft Hannover.

Zahlfelle Hamburg-Altona-Wandsbek.

Am Mittwoch, den 5. Juni, nachmittags 4 Uhr, verstarb nach kurzem Leiden unser Kollege

Georg Walter

im Alter von 51 Jahren.

Ehre seinem Andenken! Der Vorstand.

Beilage zur „Solidarität“

Nr. 12.

Berlin, den 15. Juni 1907.

13. Jahrgang.

Die Feinde der modernen Gewerkschaften.

Wenn man von den Feinden der modernen Arbeiterbewegung, speziell der modernen Gewerkschaften, spricht, so mag der Unbefangene und Ununterrichtete unter dieser Bezeichnung zunächst an das Unternehmertum und an dessen die Arbeiterbestrebungen bekämpfenden Organisationen denken, weil innerhalb der heutigen gesellschaftlichen Ordnung nun einmal ganz natürlich ein Gegensatz zwischen Arbeitern und Unternehmern besteht, der, soviel man auch von der Harmonie der Interessen zwischen diesen sprechen mag, nicht aus der Welt zu schaffen ist. Die Erkenntnis dieser Tatsache ist den modernen Gewerkschaftern und allen ihren Führern schon längst gekommen, und wenn auch durch mehr oder minder langfristige, vielleicht gar mehrjährige Vertragsfristen, wie im graphischen Gewerbe, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zwischen den beiden Teilen festgelegt worden sind, so ändert das an der gegensätzlichen Stellung dieser beiden Faktoren im gewerblichen Leben durchaus nichts. Hinsichtlich solcher Vereinbarungen, die dem Kampfe zwischen Arbeiter und Unternehmer den akuten Charakter nehmen und sich auf in sozialer Beziehung sehr gut bewährt haben, kann man vielleicht von einem *modus vivendi*, einem Waffenstillstand, reden. Wer aber von einer Interessensolidarität zwischen Arbeitern und Unternehmern, oder wie man früher zu sagen pflegte, zwischen Kapital und Arbeit spricht, und ihr vielleicht gar das Wort redet, der bewegt sich in seinen Anschauungen über diese Frage entweder jenseits der tatsächlichen Verhältnisse oder er perkoliert in berechnender Absicht Bestrebungen, die denen der modernen organisierten Arbeiter direkt entgegenstehen und kann daher mit Recht als ein Feind der modernen Gewerkschaften angesehen werden. Wenn der Arbeiter eine solche Gegnerschaft einzig und allein aus den Kreisen der Unternehmer erfinde, so würde das ja in dem soeben kurz besprochenen gegensätzlichen Verhältnis zwischen Arbeitern und Unternehmern seine natürliche Erklärung finden. Ganz unnatürlich ist es aber, wenn den Arbeitern aus ihren eigenen Reihen ihrer eigenen Klassengenossen, Wideracher entstehen.

Bei dem Studium der Geschichte der Arbeiterbewegung in Deutschland erinnert uns bereits aus der Vergangenheit gar manches Blatt an Vorgänge und tiefbeschämende Tatsachen von Zersplitterungsversuchen und verzettelter Kraft in der Arbeiterbewegung, der politischen sowohl als auch der gewerkschaftlichen. Auch die Gegenwart ist besonders reich an Strömungen und Bestrebungen, die darauf abzielen, der zielklaren Arbeitererschaft in ihrem Bemühen, ihre soziale Lage durch Hebung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern, nach Möglichkeit Abbruch zu tun. Nicht allein, daß lokalorganisierte, Hirsch-Duncker'sche und „christliche“ Arbeiterorganisationen hinter am Wagen ziehen und zu verhindern suchen, daß die Gewerkschaftsbewegung vom Fied komme, was ihnen bis jetzt Gott sei dank nicht gelungen ist und auch in Zukunft nicht gelingen dürfte, so treten, als neue Akquisition auf dem Gebiete der Zersplitterung der Arbeiterbestrebungen, seit einiger Zeit auch noch die sogenannten „gelben Gewerkschaften“ auf den Plan. Es sind dies Organisationen, die dort aufzutreten pflegen, wo „etwas los“ ist, und ihnen die Gelegenheit günstig erscheint, als Streikbrecher dem Unternehmertum Ratgeberdienste zu leisten. Es ist dies um so verwerflicher, ja geradezu ekelhafter, weil es unter dem Deckmantel oder unter der Betonung einer „nationalen reichstreuen Gesinnung“ geschieht. Wahrscheinlich haben sie einmal davon gehört, daß man Arbeiter, die die Verrichtung anderer — streikender — Arbeiter nicht leisten wollten, vaterlandslose Gesellen nannte. Daher wohl auch, gewissermaßen als empfehlende Erinnerung für den Fall des Bedarfs, die Betonung der

nationalen, reichstreuen Gesinnung. Wenn auch die Bestrebungen dieser Sippschaft die Fortschritte der modernen Gewerkschaftsbewegung nicht aufzuhalten imstande sind und ihre Grundsätze als bewusste, beabsichtigte Däpierung der Arbeiter von diesen erkannt werden, so wollen wir uns doch für heute einmal mit diesen schädlichen Gebilden schweizerischer und französischer Provenienz beschäftigen. Wir folgen hierbei einem Artikel, der kürzlich in der in Zürich erscheinenden „Gelben Arbeiterzeitung“ veröffentlicht worden ist. Darin heißt es von diesen „Gelben“:

„Wir gründen und nehmen sowohl Arbeitgeber- wie Arbeiterverbände auf; denn nur gut gefügte Arbeitgeberverbände können unseren Arbeiterverbänden das geben, was wir von ihnen erwarten, nämlich Beschränkung, wenn nicht gänzliche Vermeidung von Arbeitslosigkeit und Milderung der die Löhne drückenden Konkurrenz der Arbeitgeber unter sich. Unsere Arbeiterverbände bezwecken: leichtere Einigung mit den Arbeitgeberverbänden durch Garantie gegen Arbeitermangel und gegen unwilliges Streiken anderer Organisationen; Studium der möglichen Verbesserungen; Kaltblütige Schlichtung von Streitigkeiten durch nicht direkt beteiligte Mitglieder; Anspornung der Mitglieder zu beruflicher Bervollkommnung; Wahrung des Interesses an der Industrie; Anspornung zum Sparen; Anleitung der Mitglieder zu kluger Verwaltung des Ersparnis; Mitwirkung bei Gründung und Verwaltung von Genossenschaftsbanken für Kapitalbeteiligung an industriellen Unternehmungen, wodurch die Arbeiterschaft selbst in die Reihen des Großkapitals tritt und Mitbesitzerin der Industrie wird.“

Wenn man dieses „Programm“ auf seinen Inhalt untersucht und die einzelnen Forderungen — eigentlich sind es ja gar keine Forderungen, sondern, wie wir es in nachstehendem nachweisen wollen, nur leere Redensarten — einer näheren Betrachtung unterzieht, so stellt sich diese gelbe Gesellschaft als die reine Schurtruppe des Unternehmertums dar, indem sie gewillt ist, bei ihr passender Gelegenheit andern, kämpfenden Arbeitern in den Rücken zu fallen. Doch dieses reizende Vorhaben hat aber nicht einmal den Reiz der Neuheit für sich. An derartigen Organisationen, die sich auf den Streikbruch praktisch eingerichtet haben, hat es bisher auch nicht gefehlt aber ebenso wenig fehlt es an Beweisen dafür, daß sie wohl schädigen, den Sieg der zum Klassenbewußtsein gelangten Arbeiter doch nicht verhindern konnten, wie es auch nicht an Beispielen dafür fehlt, daß ihnen von den Unternehmern der Dank des Hauses Habsburg für ihr niederträchtiges Treiben abgestattet wurde, denn: wer gute, tüchtige und zuverlässige Arbeitskräfte haben will, der muß sich schon an die in modernen Gewerkschaften organisierten Arbeiter wenden. Wohl gibt es ein Beispiel dafür, daß nur gut gefügte Arbeitgeberverbände das geben können, was die Arbeiter von ihnen verlangen, nämlich: Beschränkung, wenn nicht gänzliche Vermeidung von Arbeitslosigkeit und Milderung der die Löhne drückenden Konkurrenz der Arbeitgeber unter sich. Ein solcher, man könnte vielleicht sagen unter den heutigen Verhältnissen idealer Zustand, erbringt das deutsche Buchdruckgewerbe in seiner über ganz Deutschland sich erstreckenden, mit dem Verbands der Deutschen Buchdrucker errichteten Institution der Tarifgemeinschaft, die zwar auch nicht anderes ist und sein soll, als eine Art Waffenstillstand, sich im Interesse beider Teile recht gut bewährt hat. Aber einmal ist das deutsche Unternehmertum im allgemeinen sozial so sehr rückständig und hinsichtlich der Arbeiterbestrebungen so scharfmacherisch, daß an die Errichtung solcher Institutionen wie im Buchdruckgewerbe vorläufig — leider noch nicht gedacht werden kann und zum ändern würde es auch durch eine Organisation wie die der Gelben gar nicht möglich sein, weil sie das Sammelbecken für den Bodensatz der Arbeiterbe-

wegung ist und, im Harmoniedüffel befangen, auf jedes Mitbestimmungsrecht verzichtet.

Außerdem tritt in dem Programm dieser Gelben auch noch eine Theorie hervor, die ebenfalls nicht den Reiz der Neuheit für sich in Anspruch nehmen kann, sondern im Gegenteil sich als ein alter Lohndrücker aus der Kammer alter, verfehrter volkswirtschaftlicher Anschauungen erwiesen hat, nämlich: — die Spartheorie.

Es ist der reine Hohn, heute, nachdem seit dem Tode des Sparapostels, des Herrn Schulze aus Delitzsch, die Spartheorie als soziales Heilmittel mit ihm begraben wurde, mit diesen ollen Kamellen zu kommen. Wer sich dafür interessiert und zu erfahren wünscht, in welcher grünlichen Weise Herr Schulze aus Delitzsch, dieser „König im sozialen Reich“, mit seiner ganzen „Wissenschaft“ von Ferdinand Lassalle vernichtet wurde, der möge die Schrift des letzteren aus jenen Jahren einmal nachlesen. Doch was der Mann aus Zürich darüber mitzuteilen weiß, und somit darzut, wie sehr er auf die Dummheit und Rückständigkeit spekuliert, das sagt er mit den Worten:

„Die gelben Gewerkschaften Frankreichs haben ihren Ursprung im französischen Volkscharakter, sie sind der Revolteschrei des französischen Sparsers gegen die sozialdemokratische Lumpentheorie. Im französischen Sparsinn liegt das Geheimnis für das verhältnismäßige Wohlsein des Landes trotz einer beispiellosen Mißwirtschaft auf allen Gebieten trotz der Ausbeutung des Landes durch ein der russischen Bureaucratie ebenbürtiges Parlament. Daß Frankreich nach über hundertjährigen Wirren, nach der Niederlage von 1870, trotz einer anarchisch-sozialistischen Unterwühlung aller Grundfesten der Nation dennoch als Großmacht dasteht, hat es in erster Linie dem Sparsinn seiner Volksmassen zu verdanken. Als ich mich im vorigen Frühjahr entschloß, den nach einem anderen Ausweg als dem Zukunftsstaat suchenden deutsch sprechenden Arbeitern die aus dem gefundenen Sparsinn des französischen Volkes entspringende „gelbe Lehre“ zugänglich zu machen, ging ich von der Ansicht aus, daß die Summe deutscher Eigenschaften, um den französischen Sparsinn vermehrt, imstande sein wird, das täglich unhaltbar werdende Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern mit deutscher Gründlichkeit zum Guten zu wenden. Die bisherigen Erfolge haben meinen Glauben an die glückliche Lösung der Arbeiterfrage gestärkt und mich mit dem unbesonnenen Willen ausgerüstet, der den Sieg an seine Fahne fesselt. Das Sparen ist somit das Grundprinzip, der Ausdruck für die Weltanschauung der Gelben im Gegensatz zu den Roten. Ohne Sparen entsteht kein Besitz, und Besitz, wohlverstandenes Privateigentum, halten die Gelben für die Grundbedingung persönlicher Freiheit.“

Das Sparen ist also, wie sie selber sagen, das Grundprinzip der Gelben. Um diesem Prinzip nachzuleben, müßten doch erst einmal Verhältnisse geschaffen werden, sozial so günstig, daß sie auch dem Arbeiter das Sparen ermöglichen. Es müßten also vor allen Dingen erst einmal bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen geschaffen werden. Ob dies etwa durch den organisierten Streikbruch geschehen soll, wird wohlweislich verschwiegen.

Wir behaupten, daß der Arbeiter im allgemeinen gar nicht in der Lage ist, wesentliche Ersparnisse von seinem Lohne zu machen und ohne wesentliche Ersparnisse kann man doch nicht einmal immer den Verhältnissen des Lebens gerecht werden, viel weniger „Kapitalist“ werden. Wer das bestreitet, der hat keine Ahnung von den wirtschaftlichen Verhältnissen, worunter wir heute leben. Es kann ja vorkommen, oder seien wir ganz ehrlich und sagen es kommt gewiß vor, daß Arbeiter das ihrige in einer Weise vertun, die nicht klug und nicht zu billigen ist, indem es für zweifelhaft oder gar schädliche Dinge verbraucht wird. Im allgemeinen aber geschieht es nicht. Der Lohn reicht durchweg nicht

zur Befriedigung der Bedürfnisse aus, die den Kulturansprüchen entsprechen sollten, viel weniger noch können wesentliche Ersparnisse vom Lohne gemacht werden.

Wir wenden uns gewiß nicht gegen ein vernünftiges Sparen, im Gegenteil, wir empfehlen es sogar, weil man gegen die Gefahren von Krankheit, Arbeitslosigkeit und gegen so manche Dinge im Leben, die materielle Aufwendungen verlangen, nicht geschützt ist. Ein verhängnisvoller Irrtum ist es aber, wollte der Arbeiter glauben, er könne sich durch die Anwendung der Spartheorie aus der Klasse des Proletariats herausheben und zum Kapitalisten werden.

Wohin übrigens die Betätigung eines unvernünftigen Sparens, und infolgedessen einer asketischen Lebensweise, vom volkswirtschaftlichen Standpunkte betrachtet, führen muß, das sehen wir bei unseren Lesern als allbekannt voraus, so daß sich ein näheres Eingehen erübrigt. Sch.

„Graph. Presse“.

Korrespondenzen.

Breslau. Am 1. Juni hielt die hiesige Zahlstelle im Gewerkschaftshause eine öffentliche Versammlung aller in unserem Berufe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ab, welche aber leider durch Ungunst der Witterung nur mäßig besucht war. Unsere Verbandsvorsitzende Frau Thiede referierte über: „Wie können wir den Tarif zur Anerkennung bringen?“ Die Referentin gab zunächst einen Rückblick auf das Bestehen und die Entwicklung der Organisation. Der seit 1898 bestehende Verband hat es von seinen Anfängen allmählich zu einer achtunggebietenden Mitgliederzahl gebracht und für die organisierten Kollegen und Kolleginnen wesentliche Vorteile geschaffen. Dank der rastlosen Arbeit sind die Lohnverhältnisse, die vor dem Bestehen des Verbandes die denkbar niedrigsten waren, aufgebessert und manche Erleichterung in den Betrieben geschaffen worden. Allerdings ist die Aufbesserung nur den organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen zuteil geworden; und da, wo der Zusammenschluß am stärksten war, sind auch die Löhne bedeutend gebessert worden. Der Verband sei in der Lage gewesen, mit der Prinzipalität eine Vereinbarung zu treffen, wonach dem Hilfspersonal, soweit es dem Verbandsangehörigen, dieselbe verkürzte Arbeitszeit zugesprochen wurde, wie den Buchdruckern. Es sei auch gelungen, eine Gruppeneinteilung zu vereinbaren, denn bei der Eigenart des Berufes sei es unmöglich, einen Mindestlohn allgemein für Arbeiter und Arbeiterinnen festzusetzen, jede Gruppe der verschiedenen Arbeiterkategorien hat besonders berücksichtigt werden müssen. Erst seit 1. Januar 1907 gelten die allgemeinen Bestimmungen und doch sei es in dieser kurzen Zeit möglich gewesen, einen Lohnantrag in folgenden Orten zum Abschluß zu bringen: Leipzig, München, Stuttgart, Hamburg, Berlin, Magdeburg, Karlsruhe, Mannheim, Ludwigshafen, Darmstadt, Frankfurt a. M., Paffel, Bremen und Straßburg i. E. Durch diese tariflichen Abschlüsse sind für 10 000 Mitglieder zum Teil recht wesentliche Verbesserungen erzielt worden, ein Fortschritt, der nicht unterschätzt werden dürfte. Nur für die Verbandsmitglieder gelten die höheren Lohnsätze, die verkürzte Arbeitszeit, geregelte Ueberstundenzulage, Feiertagsbezahlung usw. So erfreulich die Tatsache des Aufschwunges in unserem Berufe auch sein mag, hob die Referentin hervor, so sei doch vieles zu tun übrig geblieben. Die Anerkennung der allgemeinen Bestimmungen und die Durchsührung von Lohnanträgen müsse auch in anderen Druckorten verlangt werden, das könne aber nur gelingen, wenn Kollegen und Kolleginnen, die dem Verbands fernstehen, sich diesem anschließen und der Organisation treu bleiben. Durch kleine Zulagen, die der Prinzipal etwa freiwillig macht, sollen die Kollegen und Kolleginnen sich ja nicht abhalten lassen, die Mitgliedschaft zu erwerben. Breslau, eine der älteren Verwaltungsstellen, stehe anderen Städten gegenüber organisatorisch sehr zurück. Es sei dringend zu wünschen, daß hier mehr Stabilität hineinkomme. In Breslau sei die Durchsührung eines Lohnantrages ebenso nötig für die Kollegenschaft, wie in anderen Städten. Wenn sie zusammenhalten, werde sich der Tarif auch ermöglichen lassen, wenn auch nicht augenblicklich. Es ist eine seltsame Erscheinung, daß gerade in Breslau die Kolleginnen so schwer zur Organisation heranzuziehen sind, während sie in anderen Städten ein stärkeres Kontingent stellen als die männlichen Mitglieder. Frau Thiede gab der Hoffnung Ausdruck, daß sich niemand die Zugehörigkeit des Ver-

bandes bei der geringen Beitragszahlung entgehen lassen wird, der den Mitgliedern so viele Vorteile bietet. Die Ausführungen fanden lebhaften Beifall. In der Diskussion ermahnte Kollege Abend und andere zum Eintritt in die Organisation, damit zur Stellung von Forderungen geschritten werden könne. Das Resultat der Versammlung war die einstimmige Annahme folgender Resolution: „Die heute im Gewerkschaftshause versammelten Stenografen und Arbeiterinnen des Buch- und Steinrudergewerbes erklären sich mit den Ausführungen der Referentin einverstanden, besonders damit, daß nur Tarifabschlüsse geeignet sind, bessere Arbeitsverhältnisse herbeizuführen. Die Versammlung verpflichtet sich, mit aller Energie für den Ausbau der Breslauer Zahlstelle zu wirken, um zur gegebenen Zeit den Tarif zur Durchsührung zu bringen.“ Im Anschluß fand eine Mitgliederversammlung statt, deren Hauptpunkt: Bericht der Lohnkommission war. Leider konnte dieselbe nur berichten, daß die Verhandlungen vertagt werden müssen, da laut der letzten Antwort der Prinzipalkommission nach ihrer aufgestellten Statistik unsere Mitgliederzahl (150) zu gering erscheint, um für einen Tarifabschluß zu garantieren. Zu dieser leeren Ansrede haben die Herren nahezu 5 Monate gebraucht. Wir aber ziehen die eine Lehre: Die jetzt laue Geschäftskonjunktur zur rechten Agitation zu benutzen, um zur richtigen Zeit den Herren mit einer, vielleicht doppelten Mitgliederzahl aufwarten zu können. Denn was in kleinen Städten möglich ist, ist auch in Breslau durchführbar.“ Unter Dertlichem lag der Antrag auf Anschluß von 4 Mitgliedern vor wegen Vertagung von Streikarbeiten. Nach einer längeren Debatte stimmte die Versammlung dem Antrage bei, da es einer modernen Arbeiterorganisation unwirksam sei, solche Mitglieder weiter zu behalten. Sodann Schluß der Versammlung. M. Sch.

Kirchhain N.-L. Am 11. Mai fand eine vom hiesigen Gewerkschaftskartell einberufene öffentliche Versammlung der im Buch- u. Steinrudergewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt, zu der als Referentin Frau Paula Thiede-Berlin erschienen war. Dieselbe legte in einem mehr als einstündigen Vortrag den Zweck und die Ziele der Organisation dar und wies an der Hand von Beispielen nach, wie es durch geschlossenes Vorgehen und Zusammenhalten möglich ist, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Sie ermahnte die Anwesenden in dringenden Worten, sich aus all den angeführten Gründen zu organisieren. Es fanden dann auch einige Aufnahmen statt. Wegen der schwierigen Agitation und um allen Eventualitäten aus dem Wege zu gehen, empfahl das Kartell den Mitgliedern, die Agitation für den Verband demselben vorläufig allein zu überlassen und soll diese vom Kartell durch Hausagitation bewirkt werden. Der Besuch der Versammlung war zufriedenstellend.

Leipzig. In einer am 25. Mai in Stötteritz abgehaltenen gut besuchten Bezirksversammlung zunächst der Gen. Nyffel einen Vortrag über: „Die Macht des Aberglaubens“. Er führte in seinem Vortrag ungefähr folgendes aus: Wir in der Großstadt Wahren haben ja nicht so unter der Macht des Aberglaubens zu leiden als wie die Bevölkerung auf dem platten Lande, denn dafelbst kurstieren die Hexen, Geister- und Spukgeschichten, in der Spinnstube und sonstigen Zusammenkünften würden diese Schauererzählungen mangels anderen Unterhaltungstoffes des Vorgesang und Breiten erzählt und somit in die unwissenden Bevölkerungsschichten hineingetragen. Leider fände man in derartigen Kreisen so gut wie gar keine Lesart, als nur das Gesangbuch und die Bibel, auch haben selbige eine primitive Schulbildung genossen, wo sie mit Religion vollgepfropft worden sind, wodurch ja der beste Nährboden für derartigen Aberglauben geschaffen worden sei. Unter Aberglauben sei alles, das zu verstehen, was sich mit der menschlichen Vernunft und dem Naturgesetze nicht in Einklang bringen lasse. Derselbe habe seinen Ursprung wohl in der Urzeit der Menschheit zu verzeichnen, da sich die Urmenschen schon gute und böse Geisteskräfte, denen sie gute und böse Taten zuschrieben. Hieraus haben sich nun die verschiedensten Sagen und Legenden gebildet, die sich von Generation zu Generation forterbt und durch das Weiterbreiten von Mund zu Mund immer mehr aufgebaut worden sind. Ja, sogar unsere christlichen Feste stammen noch aus der sagenumwobenen heidnischen Zeit unserer Vorfahren, der alten Germanen, so ist das frühere Fest der Winterjungenwende unser Weihnachtstfest, so wie das Osterfest früher der heidnischen Göttin Ostera geweiht war; denn die christlichen Reformatoren sahen sich aus Zweckmäßigkeitsgründen genötigt, die heidnischen Feste zum Teil mit ins Christentum zu überneh-

men, um die alten Germanen leichter für die christliche Religion zu gewinnen. So seien auch alle die Einzelmannchen-, Eisen- und Reigenagen aus dem ehemaligen Bestehen der guten und bösen Götter zurückzuführen. Leider habe sich bis in die Jetztzeit der Glaube an den Teufel erhalten, der ja auch als Urheber alles Bösen und in den verschiedensten Variationen durch die Bibel gelehrt werde. Dieser werde durch unsere heutige Religion als Beherrscher der Hölle oder Unterwelt hingestellt, in welcher alle sündhaften Seelen zur Strafe unendliche Feuerqualen erleiden müssen, jedoch wohl nach den Begriffen der christlichen Religion alle überzeugten Sozialdemokraten bei ihm Aufnahme finden würden. Nachdem der Referent erwähnt hatte, daß durch die Inquisition allein 50 Millionen Menschen gefoltert, gemartert und getötet wurden, weil sie angeblich mit bösen Geistern in Verbindung stehen sollten, behandelte er in Ausführlichkeit den Heiligensinn und das Reliquienwesen der katholischen Kirche, dabei erklärend, daß Eigentum, verbunden mit Unwissenheit und Unterwürfigkeit die Grundlagen des Aberglaubens, überhaupt allen religiösen Glaubens sei. Weiter behandelte er in seinen Ausführungen den modernen Aberglauben, den Spiritismus und das Gebetsbitten, um dann auf den religiösen Glauben einzugehen, wobei der Vortragende auf Hädel verweis, welcher in seiner Schrift „Die Weltträsel“ nachweist, daß ein Wesen, dem die Eigenschaften zugeschrieben werden wie dem christlichen Gott, ein Wesen von Fleisch und Blut sein muß, denn ein gasförmiges Wesen, welches denken, welches sich fortbewegen, welches überhaupt alle menschlichen Eigenschaften besitzen soll, existiert in der Natur nicht; ebenso zitiert er Feuerbach, der erklärt, einen Gott gibt es nicht, er ist ein Phantasiegebilde der Priester aus der Urzeit der Menschheit. Die moderne und aufgeklärte Arbeiterklasse kann sich aber auf ein besseres Jenseits nicht verlassen lassen, das so unwahrscheinlich ist, als alle religiösen Ideen. „Wissen ist Macht“, dieses Wort, das unser alter Vorkämpfer Liebknecht geprägt hat, müsse der Stützpunkt der Arbeiterklasse werden, ebenso würde die Kenntnis der Naturkräfte jeden von solch mythischen Ideen befreien. Wenn man auch noch da und dort vor Weltträseln stehe, so sei es Aufgabe der Regierung und der herrschenden Klassen Mittel dafür zu verwenden, dieselben aufzuklären. Darum muß die Aufgabe der Arbeiterklasse sein, mehr Aufklärung und Selbstbildung sich anzueignen, denn dadurch würde allem Aberglauben der Nährboden entzogen. Der Referent schließt seine Ausführungen mit den Worten Feuerbachs: „Sei nachsichtig gegen den Aberglauben der älteren Linie, deine Kinder, die Jugend überhaupt verurteile aber nach den Grundsätzen der Vernunft zu erziehen“, damit wir uns nicht nur aus der kapitalistischen, sondern auch aus der geistigen Knechtschaft befreien können. Nachdem Kollege Schulze einige Verbandsangelegenheiten bekannt gegeben, ergreift Kollege Kreschmar das Wort, um in längerer Ausführung seiner Ungnügen über die jetzige Ausgestaltung der Verbandszeitung Ausdruck zu verleihen. Wenn der Referent damit geschlossen habe, daß namentlich die Jugend durch Aufklärung zu proletarischen Kämpfern herangezogen werden sollen, so hätte wohl unsere Verbandszeitung in dieser Beziehung ein sehr großes Feld zu bearbeiten. Leider sei aber die Redaktion der „Solidarität“ jetzt so weit gekommen, daß sie nicht einmal für nötig hielt, die Bedeutung des 1. Mai durch einen geeigneten Artikel zu verbreiten. Die feinerzeit gefaßte Resolution der Zahlstelle Leipzig sei von der Redaktion mit nichts sagenden Redensarten abgetan worden, darum müßten die Mitglieder dafür sorgen, daß die Verbandszeitung den Zweck erfülle, Aufklärung zu verbreiten. Kollege Schulze erwidert hierauf, daß es auch die Verwaltung überwacht habe, daß der 1. Mai in der Verbandszeitung nicht berührt worden ist; leider sei vor dem Verbandstag nichts zu ändern, da ja die Redaktion noch neben der Berufstätigkeit ausgeführt werde.

Anmerkung der Redaktion: Es ist bedauerlich, daß die „längeren Ausführungen“ des Kollegen Kreschmar nicht vollständig zur Kenntnis der Redaktion gelangt sind, weil wir annehmen, daß aus diesen Kritiken vielleicht etwas zu lernen wäre. Warum die Aufnahme eines Maiartikels unterblieb, dürfte der Leipziger Verwaltung durch die Verbandsvorsitzende mitgeteilt worden sein. Empfohlen können wir aber dem Kollegen Kreschmar, da mit solchen Versammlungskritiken rein gar nichts anfangen ist, die dazu nötige Zeit lieber damit auszufüllen, das „große Feld“ der Aufklärung mitarbeiten zu helfen. Nach einigen bisherigen Proben erwarten wir das Beste.